

Versöhnung oder Volksverrat? Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik

Im Jahr 1970 schloss die Bundesrepublik Deutschland zunächst mit der Sowjetunion und dann mit Polen Verträge über eine Normalisierung ihrer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit war eine Anerkennung der seit 1945 bestehenden deutschen Ostgrenze zu Polen entlang der Flüsse Oder und Neiße verbunden. So suchte die bundesdeutsche Politik einen Weg der Entspannung zwischen den Machtblöcken des Kalten Krieges.

Schlüsselfigur dieser neuen Ostpolitik war Bundeskanzler Willy Brandt, der seit 1969 an der Spitze einer sozialliberalen Koalition stand. Brandts Politik zielte auf Annäherung und Versöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarn. Dies war auch mit einer Anerkennung der Schuld für die Verbrechen verbunden, die Deutsche bis 1945 unter nationalsozialistischer Herrschaft in ganz Europa begangen hatten.

Die neue Ostpolitik war in der Bundesrepublik stark umstritten. Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die sich in Vertriebenenverbänden organisiert hatten, bildeten ein Bündnis mit konservativen Parteien und rechtsnationalen Strömungen. Sie bekämpften die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und bezeichneten Brandts Politik als „Volksverrat“. Die Auseinandersetzung gipfelte 1972 in einem Misstrauensvotum der CDU/CSU-Opposition im Bundestag. Ein Sieg des Oppositionsführers Rainer Barzel war zu erwarten und damit das Ausbleiben der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag. Nur zwei Enthaltungen bei der Abstimmung verhinderten den Sturz von Willy Brandt und das Ende seiner Entspannungspolitik.

Rede von Willy Brandt vor dem Rathaus Berlin-Schöneberg am 10.11.1989

Liebe Berlinerinnen und Berliner,
liebe Landsleute von drüben und hüben,

dies ist ein schöner Tag nach einem langen Weg, aber wir befinden uns erst an einer Zwischenstation. Wir sind noch nicht am Ende des Weges angelangt. Es liegt noch ,ne ganze Menge vor uns.

Berlin wird leben und die Mauer wird fallen. Übrigens, ein Stück von jenem scheußlichen Bauwerk könnte man dann von mir aus sogar als ein geschichtliches Monstrum stehen lassen.

Das deutsche Elend begann mit dem terroristischen Nazi-Regime und dem von ihm entfesselten schrecklichen Krieg. Jenem schrecklichen Krieg, der Berlin wie so viele andere deutsche und nichtdeutsche Städte in Trümmerwüsten verwandelte. Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas. Und jetzt erleben wir, dass die Teile Europas wieder zusammenwachsen.

Ich bin sicher, dass unsere Nachbarn im europäischen Osten verstehen, was uns bewegt, und dass es sich einfügt in das neue Denken und in die Neugestaltung politischen Handelns, das sie, die Zentral- und Osteuropäer, selbst erfüllt und in Anspruch nimmt. Die Sicherheit, die wir unseren Nachbarn und auch den großen Mächten dieser Welt bieten können, ist die, dass wir keine Lösung unserer Probleme anstreben, die sich nicht einfügt in unsere Pflichten gegenüber dem Frieden und gegenüber Europa.

Richtig war es auch, die Außenbedingungen für das geteilte Deutschland und die Menschen in ihm zu entlasten und zu verbessern, wo immer dies möglich war. Das war der Inhalt unserer Vertragspolitik, auch mit wichtigen Partnern im Osten. Das war der Inhalt unseres Hinwirkens auf die gesamt-europäische Konferenz in Helsinki, schwierig beginnend, aber verpflichtet auf die Menschenrechte, verpflichtet auf Zusammenarbeit, verpflichtet auch

auf Abbau der Rüstungen, der Überrüstungen in Europa. Und dieses sich langsam Hinbewegen auf Stabilität, auf den Abbau statt weiteren Aufbau von Rüstungen, macht sich nun bezahlt. Dies ist im Gange, dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir es heute mit verbesserten Rahmenbedingungen zu tun haben.

Ich möchte noch sagen: Es ist zusätzlich dazu, dass es einen Hoffnungsträger auch in der Sowjetunion gibt und dass es Demokratiebewegungen in Polen und Ungarn gibt – und anderswo werden sie folgen – es ist ein neuer Faktor von ganz eigener Qualität hinzugetreten. Unsere Landsleute in der DDR und in Ost-Berlin haben sich ihrer Geschicke selbst, und zwar unüberhörbar für alle Welt, angenommen. Das Volk selbst hat gesprochen, hat Veränderungen gefordert, nicht zuletzt das Recht auf wahrhaftige Information und auf freie Bewegung und auf Freiheit des organisatorischen Zusammenschlusses.

Ich sag' noch einmal: Nichts wird wieder so wie es einmal war. Dazu gehört, dass auch wir im Westen nicht an unseren Parolen von gestern allein gemessen werden, sondern an dem, was wir heute und morgen zu tun, zu leisten bereit und in der Lage sind, geistig und materiell. Und ich hoffe, die Schubladen sind nicht leer, was das Geistige angeht. Ich hoffe auch, die Kassen sind nicht allzu leer. Und ich hoffe, die Terminkalender lassen Raum für das, was jetzt sein muss. Die Bereitschaft nicht zum erhobenen Zeigefinger, sondern zur Solidarität, zum Ausgleich, zum neuen Beginn, wird auf die eigentliche Probe gestellt. Es gilt jetzt, neu zusammenzurücken, den Kopf klar zu behalten, und das so gut wie möglich zu tun, was unseren deutschen Interessen ebenso entspricht wie unserer Pflicht gegenüber unserem europäischen Kontinent.